

Summary der Sinus-Milieustudie "Diskriminierung im Alltag"

Zentrale Ergebnisse einer qualitativen und quantitativen Grundlagenstudie zur Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in Deutschland

Aufgabenstellung und methodische Anlage der Studie

Ziel dieses sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekts, mit dem die Antidiskriminierungsstelle des Bundes das Sinus-Institut in Heidelberg beauftragt hat, war es, in einem mehrstufigen Forschungsprozess einen empirisch gesicherten Überblick über das thematische Feld Diskriminierung und Diskriminierungsschutz aus Sicht der Bevölkerung zu gewinnen. Dabei ging es darum zu verstehen, wie die unterschiedlichen Gruppen und Milieus in unserer Gesellschaft mit dem Thema umgehen, welche Handlungsfelder und Akteure sie sehen, und was sie von Antidiskriminierungspolitik erwarten.

Grundgesamtheit der Studie ist die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 18 Jahren. Methodisch wurden qualitative und quantitative Untersuchungsansätze kombiniert, um den Gegenstand ganzheitlich und suffizient zu erfassen. Die Ergebnisse sind sowohl inhaltlich als auch quantitativ-statistisch repräsentativ. Durchgeführt wurden – nach einer Pilotstudie zur Ermittlung der aus Sicht der Bevölkerung relevanten Aspekte und Differenzierungen – eine breit angelegte qualitativ-psychologische Erhebung zur Erfassung und Tiefenanalyse der Wahrnehmungsmuster und Einstellungen in allen Bevölkerungsgruppen (20 mehrstündige Kreativ-Workshops), eine ergänzende Explorationsstudie mit Diskriminierungsbetroffenen (40 biografische Tiefeninterviews) und eine Repräsentativbefragung (2.610 Personen) zur Gewinnung belastbarer repräsentativer Daten über die Meinungsverteilung in der Bevölkerung und in den verschiedenen Milieus. Die Datenerhebung erfolgte im Zeitraum Juli 2007 bis April 2008. Ein abschließender Untersuchungsbericht wurde im Juli 2008 vorgelegt.

Im Sinne einer zielgruppenspezifischen Umsetzbarkeit der Befunde setzt das Forschungsprojekt "Diskriminierung im Alltag" grundsätzlich auf eine sozialdifferenzielle Perspektive. Denn es gibt nicht **die** Einstellung der Bevölkerung zu Diskriminierung, sondern – abhängig von den jeweiligen Grundorientierungen und Lebensstilen – ein breites Spektrum an Sicht- und Erlebnisweisen, Normen, Konventionen und Motiven, die mit dem Thema verbunden sind und die zu ganz unterschiedlichen Handlungstendenzen führen.

Sowohl in den qualitativen Forschungsschritten als auch in der Quantifizierung wurde deshalb das Zielgruppenkonzept der Sinus-Milieus[®] eingesetzt – ein bewährtes, praxisnahes Planungsinstrument, das seit Beginn der 80er Jahre von Industrie und Dienstleistungsunternehmen ebenso genutzt wird wie von der Politik und anderen öffentlichen Auftraggebern.

Stellenwert des Themas Diskriminierung

Das Thema Diskriminierung und die Gleichbehandlung bzw. die Förderung benachteiligter Gruppen in unserer Gesellschaft brennt der Mehrheit der Deutschen nicht wirklich auf den Nägeln. Die Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema und die Betroffenheit in der Bevölkerung sind eher gering. Im Kontext von Benachteiligung und Diskriminierung werden zuerst Sozialstaatsfragen wie die Zukunftsfestigkeit der sozialen Sicherungssysteme und die soziale Gerechtigkeit in Deutschland thematisiert und von großen Teilen der Bevölkerung – anders als der Schutz der im AGG genannten Gruppen – als vordringliche politische Aufgaben bezeichnet.

So sind die im AGG genannten, Diskriminierung begründenden Merkmale – neben vielen anderen – zwar spontan abrufbar, die entsprechenden Gruppen zu schützen, erscheint vielen Befragten aber nur in Bezug auf Behinderte und (teilweise) Frauen und Ältere ein echtes Anliegen. Weil von Benachteiligungen aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, oder der sexuellen Identität die meisten selbst nicht betroffen sind, werden für diese Gruppen – wenn überhaupt – häufig nur klischeehafte Bekenntnisse zum Diskriminierungsschutz abgegeben. Verbreitet ist eine Haltung des "Jeder ist sich selbst der Nächste", die oft mit der durch die Globalisierung erzwungenen verschärften Konkurrenz in unserer Gesellschaft begründet wird. Gleichzeitig wird – von Diskriminierungsbetroffenen wie von der großen Mehrheit der Nicht-Betroffenen – der in der deutschen Gesellschaft sich ausbreitende Egoismus gebrandmarkt, ebenso wie die geringe Menschlichkeit, das fehlende Miteinander, die umsichgreifende Respekt- und Rücksichtslosigkeit – generell ein aggressives Klima und ein übertriebenes Wettbewerbsverhalten.

Lediglich 15% der Bevölkerung können als harter Kern der Gleichbehandlungsbefürworter gelten. Das sind diejenigen, die die Aussage "Antidiskriminierungspolitik halte ich für überflüssig" entschieden ablehnen (insgesamt 40% stimmen der Aussage zu). Das Potential für gesellschaftlichen Fortschritt in dieser Frage steckt wohl in der großen Gruppe der zögerlich Zustimmenden (49%), die sich zumindest als "etwas interessiert" am Thema darstellen. In dieser Gruppe – die hinsichtlich Geschlecht, Alter und Bildung kaum profiliert ist – sind, ebenso wie bei den "sehr Interessierten", die gesellschaftlichen Leitmilieus ("Etablierte", "Postmaterielle" und "Moderne Performer") sowie das junge Milieu der "Experimentalisten" deutlich überrepräsentiert.

Sich gegen Diskriminierung und Benachteiligung zu engagieren – zumindest verbal – scheint also am ehesten ein Anliegen der gesellschaftlichen Eliten zu sein. In den traditionellen Milieus ("Traditionsverwurzelte", "DDR-Nostalgische") sowie in den Milieus der modernen Unterschicht ("Konsum-Materialisten", "Hedonisten") fällt die Ablehnung von Diskriminierungsschutz für Benachteiligte (sofern man sich nicht selbst dazu zählt) meist sehr harsch aus. In diesem Segment wird das Thema Diskriminierung primär vor dem Hintergrund eigener Betroffenheit bzw. Bedürftigkeit wahrgenommen. Man sieht sich selbst als sozial benachteiligt – die Frauen mehr noch als die Männer – und fordert von der Gesellschaft für sich selbst Diskriminierungsschutz und vor allem materielle Besserstellung. Dabei sieht man sich in Konkurrenz mit den klassischen "Randgruppen", insbesondere den Migranten, die – so die verbreitete Meinung – heute vom Staat bevorteilt werden.

Die Einstellungen in der gesellschaftlichen Mitte zum Thema Diskriminierung sind in hohem Maße ambivalent. In keinem anderen Milieu ist die Diskrepanz so groß zwischen Lippenbekenntnissen zu Diskriminierungsschutz und Toleranz benachteiligter Gruppen einerseits und chauvinistischen Einstellungen (insbesondere bei Männern) und heftigen Ausgrenzungsimpulsen andererseits. Häufig versucht man, diesen Konflikt durch Abwehr und Verdrängung zu bewältigen. Als Sündenbock, dem man seine Frustration auflädt, müssen Staat und Politik herhalten, die durch immer neue Regulierungen und Zwänge (z. B. das AGG) dem Bürger "das Leben schwer machen". Das Milieu der "Bürgerlichen Mitte" ist in seiner Perzeption der gesellschaftlichen Wirklichkeit massiv von Statusproblemen und Abstiegsängsten beeinflusst. Je unsicherer die Zeiten, desto stärker versucht das Milieu, sich einerseits durch Leistungswillen und Anpassungsbereitschaft zu behaupten und sich andererseits von den randständigen Gruppen in der Gesellschaft zu distanzieren und sich von den Verlierern und Deklassierten abzugrenzen.

Welche Gruppen gelten als benachteiligt?

Die Antworten auf die Frage, welche Menschen in unserer Gesellschaft benachteiligt werden, fallen sehr vielfältig aus und fokussieren weniger auf die im AGG explizit genannten Gruppen als auf die mannigfaltigen Formen materieller Benachteiligung. Als benachteiligt gelten in aller erster Linie die sozial Schwachen. Insgesamt ist ein breites Spektrum sozial oder wirtschaftlich benachteiligter Gruppen abrufbar – was zeigt, dass in der deutschen Bevölkerung eine hohe Sensibilität gegenüber Ungleichbehandlungen besteht, die im Kern dem Ideal von (materieller) Gerechtigkeit und Wohlfahrt verpflichtet ist – die aber auch Diskriminierungen anderer Art gerne ausblendet.

Von den im AGG genannten Gruppen sind Benachteiligte wegen der ethnischen Herkunft, aufgrund einer Behinderung und wegen des Alters am meisten

präsent. Auf die übrigen Gruppen entfallen vergleichsweise wenige der spontanen Nennungen. Dabei zeigen die Ergebnisse der qualitativen Befragungen, dass die Aufmerksamkeit für benachteiligte Gruppen in hohem Maße von deren medialer Präsenz abhängt und damit auch der jeweils aktuellen Themenkonjunktur unterworfen ist. Und sie zeigen auch, dass die spontane Präsenz einer Gruppe nicht gleichzusetzen ist mit der ihr zugeschriebenen Schutzbedürftigkeit. Nur hinsichtlich der Benachteiligung Behinderter und Älterer besteht ein gesellschaftlicher Problemdruck. Nur bei diesen beiden Gruppen gibt es in der Repräsentativerhebung mehr Befragte, die sagen, dass für sie "mehr getan" werden sollte, als Befragte, die sagen, dass für sie "weniger" bzw. "nichts getan" werden sollte.

Einstellung zu den vom AGG geschützten Gruppen

Das Thema Gleichbehandlung benachteiligter Gruppen in der Gesellschaft hat insgesamt keine sehr hohe Priorität. Die Bereitschaft, sich damit auseinander zu setzen, ist allerdings nicht gleich verteilt, sondern variiert gruppenspezifisch. Je jünger, gebildeter und soziokulturell moderner die Menschen sind und je gefestigter ihre soziale Stellung ist, desto offener sind sie gegenüber dem Problem von Benachteiligung und Diskriminierung. Auch in jedem der verschiedenen Sozialmilieus hat das Thema Diskriminierung einen anderen Stellenwert und einen anderen Fokus.

Die wenigsten Vorurteile und Negativbewertungen im Zusammenhang mit den vom AGG geschützten Gruppen finden sich in den jungen Milieus der "Modernen Performer" und "Experimentalisten", die die gängige Abwertung all dessen, was nicht "normal" ist, ablehnen, und die sich gegen das in unserer Gesellschaft verbreitete "Schubladendenken" stark machen. Das Leitmilieu der "Postmateriellen" zeigt eine demonstrativ akzeptierende Haltung speziell gegenüber fremden Menschen, Religionen und Kulturen. Die geringste Aufgeschlossenheit gegenüber den genannten Gruppen – mit Ausnahme von Älteren und Behinderten – stellen wir im traditionellen Segment, bei "Konservativen" und "Traditionsverwurzelten", fest. Nicht wenige dieser Befragten sehen in unserem Land die "eigenen Bürger" (finanziell) benachteiligt, d. h. all diejenigen, die **nicht** homosexuell sind, die **keinen** Migrationshintergrund haben und die **nicht** von Sozialtransfers leben.

Benachteiligte wegen der ethnischen Herkunft oder der Hautfarbe

Sowohl in den qualitativen Erhebungen als auch in der Repräsentativbefragung treten in nahezu allen Milieus starke, emotional getragene Vorbehalte gegenüber Ausländern und Migranten zu Tage. Diese äußern sich in Unbehagen, Misstrauen und irrationalen Ängsten ebenso wie in den bekannten

ressentimentgeladenen Negativklischees. Ursache dafür ist häufig das Gefühl einer umfassenden und nicht beherrschbaren Bedrohung durch die übergroße Zahl der ins Land strömenden Fremden. Das Bedrohungs-Szenario des vollen Bootes führt dann, unterstützt durch den Hinweis auf allfällige Fehlentwicklungen (Migranten-Ghettos in den Städten, Gewaltkriminalität bei ausländischen Jugendlichen, Belastung der Sozialsysteme etc.) rasch zu aggressiven Ausgrenzungstendenzen.

Insbesondere in den traditionellen und in den unterschichtigen Milieus ist blanker Hass gegenüber den Menschen anderer ethnischer Herkunft oder Hautfarbe zu spüren. In diesen Milieus ist die Überzeugung verbreitet, nicht die Migranten benötigten staatlichen Diskriminierungsschutz, sondern die "Einheimischen", "das eigene Volk" müsse vor den Folgen der als bedrohlich empfundenen Einwanderungswelle, die die Fundamente unseres Sozialstaats "unterspült", geschützt werden. In den gehobenen Milieus und in der gesellschaftlichen Mitte sind die Abgrenzungsmechanismen subtiler. Aber auch in diesem Segment ist man mehrheitlich der Ansicht, es seien zu viele Migranten im Land, die Dinge seien "nicht mehr im Gleichgewicht", die Probleme würden verharmlost und seien inzwischen kaum mehr beherrschbar. Bekenntnisse zur Schutzwürdigkeit dieser Menschen werden daher oft nur vordergründig im Sinne einer sozialnormativen Sollerfüllung abgegeben. Allerdings ist das Plädoyer der "Postmateriellen" für mehr Pluralismus und Offenheit vor dem Hintergrund der milieutypischen liberal-kosmopolitischen Weltsicht glaubwürdig. Am ehesten wird die Notwendigkeit eines Diskriminierungsschutzes von Menschen anderer Hautfarbe oder Herkunft in den jungen Milieus der "Experimentalisten", "Modernen Performer" und teilweise auch der "Hedonisten" gesehen.

Benachteiligte wegen des Geschlechts

Quer durch die verschiedenen Sozialmilieus wird konstatiert – und zwar von Frauen wie von Männern – dass Frauen in unserer Gesellschaft immer noch benachteiligt sind, vor allem in der Arbeitswelt aufgrund schlechterer Bezahlung und geringerer Karrierechancen. Insofern hält man in dieser Hinsicht – anders als bei anderen diskriminierten Gruppen – sogar gezielte Gleichstellungsmaßnahmen für gerechtfertigt.

Im Segment der gesellschaftlichen Leitmilieus, insbesondere im Milieu der "Etablierten", ist die Emanzipationsdebatte nach wie vor unabgeschlossen. Allerdings sieht man sich in diesen Milieus in der privaten Verantwortung für Fortschritte auf diesem Feld und möchte nicht von der Politik dabei bevormundet werden. Als Paradebeispiel eines "bürokratischen Irrwegs" in diesem Bereich wird gern die institutionalisierte Frauenquote zitiert. Dagegen ist in der gesellschaftlichen Mitte die Zufriedenheit mit den Chancen und Möglich-

keiten, die Frauen heute haben, vergleichsweise groß. Und entsprechend sind die Diskriminierungsgefühle bei den Frauen dieses Milieus moderat. Im traditionellen Segment, bei "Konservativen" und "Traditionsverwurzelten" hat das Thema am wenigsten Brisanz, auch wenn gelegentlich auf das Problem der Altersarmut, die in erster Linie Frauen treffe, kritisch hingewiesen wird. In diesen Milieus haben viele Frauen das klassische Rollenschema und die daran geknüpfte Hierarchisierung der Geschlechter verinnerlicht. Und die meisten sind der Überzeugung, die Lage der Frauen habe sich in den letzten Jahren – bzw. Jahrzehnten – wesentlich verbessert.

Für die befragten Angehörigen der jungen Milieus ("Hedonisten", "Experimentalisten", "Moderne Performer") ist die Notwendigkeit eines geschlechtsspezifischen Diskriminierungsschutzes selbstverständlich. Beklagt wird in erster Linie der allzu gemächliche Gang des Rollenwandels und die in der Gesellschaft nach wie vor dominierenden alten Klischees. Auch in diesem Segment geht man davon aus, dass die Lage der Frauen "historisch besser geworden" ist und dass gerade in Deutschland "ziemlich fortschrittliche Verhältnisse" herrschen. Dennoch sieht man Frauen (vor allem Mütter) immer noch benachteiligt – ein Missstand, den man nach wie vor glaubt, energisch bekämpfen zu müssen.

Benachteiligte wegen der Religion oder Weltanschauung

Die Auseinandersetzung mit Benachteiligungen wegen der Religion oder Weltanschauung verengt sich meist schnell auf das Religionsthema (andere Formen der Weltanschauung spielen keine Rolle) und dabei auf den Islam und dessen allgegenwärtiges Negativimage. Das heißt, beim Stichwort "Religion" denkt man sofort an den "Islam". Dieser wird spontan mit religiösem "Fundamentalismus" in Verbindung gebracht. Und von diesem erwartet man in erster Linie Gewalt und "Terror" – wie man es aus einschlägigen Medienberichten gelernt hat.

Unabhängig von der gefühlten Bedrohung durch den Islam lehnt man – quer durch die Milieus – öffentlich sichtbares religiöses Engagement ab und rückt es in die Nähe von "Fundamentalismus" und "Fanatismus". Dass die Religion den Alltag bestimmt, hält man für historisch überholt und in unserer Kultur für "überwunden". Weil jede Religion oder Weltanschauung sich selbst für die allein selig machende hält, tendiert sie zwangsläufig, so die verbreitete Meinung, zur Diskriminierung Andersgläubiger. Insofern wird von einer deutlichen Mehrheit der Befragten keine Notwendigkeit gesehen, gerade den aktiven Vertretern einer Religion Diskriminierungsschutz angedeihen zu lassen. Dieser Ansicht sind, mehr noch als andere, die Angehörigen der Mainstream-Milieus "Bürgerliche Mitte" und "Konsum-Materialisten".

Eine für eine aufgeklärte Gesellschaft angemessene Auseinandersetzung mit dem Religionsthema, d. h. anzuerkennen, dass es in Deutschland Benachteiligungen von Menschen wegen ihrer Religion gibt und wahrzunehmen, dass den Anhängern bestimmter Religionen (Moslems, Juden, Zeugen Jehovas usw.) in unserem Land mit Misstrauen und unterschwelliger bis offener Ablehnung begegnet wird, scheint derzeit durch die (stark angewachsenen) islamfeindlichen Tendenzen sowie durch die von vielen Befragten vorgenommene Vermischung von Religion und Migration blockiert zu werden.

Benachteiligte wegen einer Behinderung

Quer durch die Milieus ist es unstrittig, dass Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung vor ungerechtfertigten Benachteiligungen geschützt werden müssen. Probleme der Behinderten stören in besonderem Maße das Gerechtigkeitsempfinden, weil, so die verbreitete Meinung, "die armen Teufel" an ihrem Defizit keine Schuld trifft.

Die Akzeptanz eines aktiven Schutzes von Behinderten, bis hin zur gezielten Bevorteilung in der Arbeitswelt (z.B. Behindertenquote in Betrieben) und im öffentlichen Raum (z.B. Behindertenparkplätze), gründet, anders als die Einstellung zu anderen diskriminierten Minderheiten, auf der Psychologie des Schuldgefühls. Einerseits greift der Mitleidseffekt (Behinderte gelten als "hilflos", "schwach", "angreifbar"), andererseits wirken starke Berührungsängste: die meisten Befragten geben zu, sich in Anwesenheit Behinderter unwohl zu fühlen und sich deshalb zu distanzieren und wegzuschauen. Um das Gewissen zu beruhigen, versichert man sich gern – quer durch die Milieus – dass für Behinderte in unserer Gesellschaft viel getan werde (Aufzüge und Rampen für Rollstuhlfahrer, beschützte Werkstätten, akustische Ampelsignale für Blinde, spezielle Freizeit- und Betreuungsangebote, integrierter Unterricht in den Schulen usw.) und dass sich die Situation dieser Menschen in den letzten Jahren "eindeutig verbessert" habe. Häufig wird auch betont, Behinderte seien in unserer Gesellschaft zwar benachteiligt, sie würden aber nicht diskriminiert. Insbesondere die gesetzlichen Regelungen (Behindertenquote in Betrieben) hätten viel bewirkt – so dass heute offener mit dem Problem umgegangen werde und die Präsenz von Behinderten im Alltag gewachsen sei.

Benachteiligte wegen des Alters

Ältere Menschen werden in Deutschland benachteiligt und diskriminiert. Da sind sich alle Altersgruppen und Milieus einig. Die Situation der Älteren sei inakzeptabel schlecht, ihre Lebensumstände vielfach unmenschlich und entwürdigend – das ist die Meinung derjenigen, die selbst schon älter sind und die sich "aufs Abstellgleis" geschoben fühlen, und auch die Meinung der Jün-

geren, die regelrecht Angst davor haben, einmal alt zu werden. Quer durch die Milieus wird kritisch konstatiert, dass die Alten in unserer Gesellschaft "Randfiguren" seien, nicht mehr richtig dazugehören, abgeschoben (in Alten- und Pflegeheime), nicht mehr respektiert und nur noch als Belastung angesehen werden. In den Leitmilieus ("Etablierte", "Postmaterielle", "Moderne Performer") und in der "Bürgerlichen Mitte" macht man dafür das von Kosten-Nutzen-Erwägungen und Effektivitätsdenken geprägte Menschenbild unserer Leistungsgesellschaft verantwortlich. Insbesondere in der Arbeitswelt habe sich das Vorurteil festgesetzt, Ältere seien nicht mehr lern- und leistungsfähig.

Dem entsprechen die von Befragten aus den älteren Milieus ("Konservative", "Traditionsverwurzelte", "DDR-Nostalgische") häufig beklagten Gefühle von Nutzlosigkeit, Hilflosigkeit und Vereinsamung, die Trauer über die nicht gewürdigte Lebensleistung und oft auch die traumatische Erfahrung, aus dem Job gedrängt zu werden. Naturgemäß pochen die Befragten umso nachdrücklicher auf einen Diskriminierungsschutz älterer Menschen je älter sie selbst sind. Aber es gibt auch milieuspezifische (also nicht altersbedingte) Einstellungsunterschiede. Dabei zeigt sich eine deutliche Distanz zu alten Menschen im Milieu der "Etablierten" und in der modernen Unterschicht ("Hedonisten", "Konsum-Materialisten"). Und es zeigt sich auch, dass es in den jungen Milieus – trotz aller Vorbehalte – keine pauschale Alten-Feindlichkeit gibt, sondern dass die Generationenprobleme differenziert betrachtet werden.

Benachteiligte wegen der sexuellen Identität

In vielen Milieus bestehen tief verwurzelte Barrieren und entsprechend virulente Vorurteile – bis hin zu Ekel- und Hassgefühlen – gegenüber sexuellen Orientierungen, die vom Mainstream abweichen. Die weiblichen Befragten sind bei diesem Thema insgesamt etwas aufgeschlossener (weil weniger in ihrer sexuellen Identität in Frage gestellt). Auch die Jüngeren zeigen sich tendenziell toleranter als die Älteren. Die Hauptunterschiede in der Einstellung zu Homosexuellen bestehen aber zwischen den Milieus.

Homosexuellenfeindliche Einstellungen finden sich schwerpunktmäßig im traditionellen Segment der Gesellschaft, aber auch im Milieu der "Bürgerlichen Mitte". Am liebsten würde man in diesen Milieus das Problem wegschieben. Entsprechend groß ist der Widerstand gegen eine "Politisierung" des als Inbegriff von Privatheit empfundenen Bereichs der Sexualität. Ein gesetzlich vorgeschriebener Schutz vor Nachteilen aufgrund der sexuellen Orientierung ist im traditionellen Segment, aber auch in den Milieus der "Etablierten" und der "Bürgerlichen Mitte" ganz und gar nicht populär. Insbesondere eine rechtliche Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der heterosexuellen Ehe wird abgelehnt.

Viele Angehörige der modernen Unterschicht, insbesondere im Milieu der "Hedonisten", haben dagegen mit unkonventionellem sexuellen Verhalten kein Problem. Das Problem – das sich aber bald auf natürliche Weise lösen wird – sei lediglich die ältere Generation mit ihren veralteten Sichtweisen. Die Angehörigen der jungen Milieus ("Experimentalisten" und "Moderne Performer") haben meist ein entspanntes Verhältnis zu Homosexualität. Schwule und Lesben sind im Alltag dieser Milieus selbstverständlich integriert. Auch im Milieu der "Postmateriellen" findet sich eine problembewusste und grundsätzlich positive Einstellung gegenüber Homosexuellen. Dabei ist man der Meinung, dass diese Menschen, trotz aller Fortschritte, in unserer Gesellschaft immer noch unter offener oder versteckter Diskriminierung leiden müssten und dass die offizielle Gleichstellungspolitik bisher nur "halbherzig" betrieben worden sei.

Wahrnehmung von Antidiskriminierungspolitik

Die Spontanreaktionen auf den Begriff "Antidiskriminierungspolitik" sind größtenteils negativ. Der Begriff provoziert Ablehnung und führt zu Reaktanzen gegenüber den damit in Verbindung gebrachten bürokratischen Zwängen und Regulierungen. Verantwortlich dafür sind die gegenüber Politik (und Politikern) ganz allgemein bestehenden Ressentiments. Auch wenn der Begriff semantisch unglücklich ist, wird die Sache selbst – durch Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen mehr Gerechtigkeit, Teilhabe und Gleichstellung für benachteiligte Gruppen in der Gesellschaft zu erreichen – im Kern nur von einer Minderheit pauschal abgelehnt. Allerdings wollen viele, insbesondere die Angehörigen des traditionellen Segments und der gehobenen Milieus, das Thema keinesfalls der Politik allein überlassen, sondern versprechen sich mehr Erfolg von privaten, bürgerschaftlichen, kirchlichen oder gewerkschaftlichen Initiativen als von Gesetzen und Verordnungen.

Quer durch die sozialen Gruppen und Milieus wird Diskriminierung grundsätzlich als ungerecht und verwerflich aufgefaßt, weil sie unserem kulturellen Wertesystem, das auf Chancengleichheit, sozialer Fairness und Solidarität gründet, widerspricht. Der in dieser Begriffssperzeption enthaltene Impetus von Gerechtigkeit und Gleichbehandlung ist die sozialpsychologische Basis jeder Antidiskriminierungspolitik. Auf Gleichstellung zielende Maßnahmen in Politik und Wirtschaft haben also grundsätzlich ein wertebasiertes oder zumindest moralisches Akzeptanzpotential in der deutschen Bevölkerung – insoweit sie sich auf Menschen und Gruppen beziehen, die zum einen als unverschuldet benachteiligt gelten, und die zum anderen sozial inkludiert werden, d. h. als Teil des eigenen Sozialverbands, der eigenen Kultur und Lebenswelt wahrgenommen werden. Dass diese Bedingungen von Diskriminierungs-betroffenen nicht immer leicht zu erfüllen sind, ist offensichtlich und verweist auf die Grenzen aller Antidiskriminierungsbemühungen. Wer,

welche Menschen und Gruppen, als sozial und kulturell zugehörig betrachtet werden und deshalb von Antidiskriminierungsmaßnahmen profitieren sollen, ist zwischen den verschiedenen Gruppen und Milieus in der Bevölkerung umstritten.

In den letzten Jahren, so die überwiegende Meinung, ist die Aufmerksamkeit für Diskriminierungen jeder Art gewachsen – durch mehr Öffentlichkeit und auch aufgrund eines von der Politik vorangetriebenen Bewusstmachungsprozesses – nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Dieser Prozess wird von den Medien verstärkt – nach Ansicht vieler Befragter oft in unangemessener Weise. Immer neue Minderheiten würden "entdeckt", immer neue "angebliche Benachteiligungen aufgedeckt" – so die vorherrschende Meinung im traditionellen Segment, in der modernen Unterschicht und in der gesellschaftlichen Mitte – was in diesen Zielgruppen zu einer Desensibilisierung sowie zu Überdross- und Abwehrreaktionen geführt hat.

In der Folge stehen heute aus Sicht vieler Befragter (nicht nur in den eben genannten Segmenten) schlimm und weniger schlimm diskriminierte Gruppen, tatsächlich Hilfsbedürftige und die Hilfsbereitschaft der Gesellschaft ungerechtfertigt beanspruchende Gruppen auf der öffentlichen Bühne quasi beliebig nebeneinander. Dieser Relativierungseffekt hat das Vertrauen in die Politik und in die damit in Verbindung gebrachte "medial gesteuerte" öffentliche Meinung als Lösungsinstanzen für Probleme der Benachteiligung und Diskriminierung untergraben.

Milieuspezifische Einstellungen zu Antidiskriminierungspolitik

Trotz der in fast allen Bevölkerungsgruppen bestehenden generellen Anti-Politik-Skepsis ist – wie die Wahrnehmung von Diskriminierung selbst – auch die Einstellung zu Antidiskriminierungspolitik milieuspezifisch sehr unterschiedlich.

Für die jungen Milieus der "Experimentalisten" und "Modernen Performer" gehört Antidiskriminierungspolitik zur Normalität einer demokratischen Gesellschaft, in der unterschiedlichste Interessen einen Ausgleich suchen. Und viele glauben, dass ohne politischen Druck "von oben" offensichtliche Ungerechtigkeiten nicht zu verhindern sind. Allerdings sträubt man sich gegen Überregulierung und setzt grundsätzlich eher auf positive Anreize (z. B. Steuererleichterung für gemeinnützige Arbeit) als auf gesetzliche Restriktionen und Verbote. Man plädiert für mehr Aufklärungsarbeit (vor allem in Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kindergärten), deren Ziel darin bestehen soll, in der Bevölkerung mehr Wissen und Verständnis für Fremdgruppen und damit letzten Endes mehr Toleranz zu schaffen.

In den gesellschaftlichen Leitmilieus der "Etablierten" und "Postmateriellen" ist man nicht davon überzeugt, dass die Politik auf kurze Sicht einen Mentalitätswandel in der Bevölkerung erzwingen können. Dagegen stehe die in der Gesellschaft sich ausbreitende Individualisierungstendenz, die Zunahme von Egoismus, Gleichgültigkeit und Vereinzelung und nicht zuletzt auch das schlechte Image der Politik. Dennoch, so der Tenor in den Leitmilieus, hat die Politik keine andere Alternative als Rahmenbedingungen zu schaffen und Normen zu setzen – die längerfristig dann vielleicht sogar Wirkung zeigen könnten, weil sie neue Fakten schaffen.

Im traditionellen Segment, insbesondere in den Milieus der "Konservativen" und "Traditionsverwurzelten" (denen ohnehin alles Politische suspekt ist), stößt Antidiskriminierungspolitik auf starke Ablehnung und wird als "völlig überflüssig" bezeichnet. Die derzeitige Antidiskriminierungspolitik wird spontan mit "Gleichmacherei" und "Gesinnungsschnüffelei" in Verbindung gebracht. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz bezeichnet man als "Gleichschaltungsgesetz". Von gesetzlichen Vorgaben und Verordnungen in dieser Frage hält man auch deshalb nichts, weil die grundlegenden Normen der Gleichbehandlung bereits im Grundgesetz stehen. Ähnlich wie bei "Konservativen" und "Traditionsverwurzelten" verweist man in der "Bürgerlichen Mitte" gern auf das Grundgesetz, um Antidiskriminierungspolitik – die auch in diesem Milieu heftige Reaktionen auslöst – als überflüssig und sinnlos darzustellen. Ohnehin, so die verbreitete Meinung in diesem Milieu, wird das Problem der Diskriminierung in unserer Gesellschaft "total überschätzt" und von den Medien aus kommerziellen Motiven "aufgebauscht". Die Angehörigen dieses Milieus sehen das größere Problem im Missbrauch der liberalen Gesetze in unserem Land und in der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen.

Die Einstellung zu Antidiskriminierungspolitik in den Milieus der modernen Unterschicht ("Hedonisten" und "Konsum-Materialisten") ist weniger feindlich als ignorant, und im übrigen stark von Bitterkeit und Resignation geprägt. Maßnahmen der Antidiskriminierungspolitik sind wenig bekannt – weshalb viele schnell die Vermutung äußern, dabei gehe es nur um Geld, Macht und Privilegien für die Politiker. In diesen Milieus weiß man aus der eigenen Lebenserfahrung, dass die Schwächeren (zu denen man sich selbst zählt) immer benachteiligt und diskriminiert werden. Das Thema hat aus Sicht dieser Befragten eine hohe Aktualität, weil die Armut in unserer Gesellschaft wachse und es deshalb immer mehr Benachteiligte gebe. Viele dieser Befragten haben traumatische Erfahrungen mit der Sozialbürokratie (Arbeitsagentur, Sozialamt, Jugendamt) hinter sich und wehren sich deshalb gegen jede Form der "Umerziehung" von oben. Auch Antidiskriminierungspolitik wird teilweise so verstanden und deshalb sehr skeptisch betrachtet – zumal der Beweis ihrer Nützlichkeit, d. h. wirksame Maßnahmen zur Besserstellung der eigenen Gruppe, noch aussteht.

AGG und ADS

Bei kaum einem Befragten gibt es klare Vorstellungen über die der Antidiskriminierungspolitik zuzuordnenden Einrichtungen und politischen Institutionen, über Akteure, Zuständigkeiten, Aktivitäten und Maßnahmen. Einzelne Elemente sind zwar (mehr oder weniger zufällig) bekannt, fügen sich aber nicht zu einem Gesamtbild – was darauf hinweist, dass der Stellenwert von Antidiskriminierungspolitik eher gering geschätzt wird und ihre Funktion im Politikgefüge unseres Landes nicht deutlich bewusst ist.

Vom **Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz** haben laut den Antworten auf eine entsprechende Frage in der Repräsentativerhebung 34 Prozent schon einmal gehört. Weitere 15 Prozent geben an, sie seien nicht sicher. Wie immer gibt es milieuspezifischen Unterschiede, wobei erwartungsgemäß die Bekanntheit des AGG in den gesellschaftlichen Leitmilieus am größten und im traditionellen Segment am geringsten ist. In diesem Befund spiegeln sich also lebensweltinduzierte Wahrnehmungsunterschiede und nicht lediglich ein Bildungseffekt.

Das AGG ist also einer Mehrheit in der Bevölkerung unbekannt. Der mangelnde Kenntnisstand mag ein Grund für die mehr oder weniger pauschale Ablehnung des Gesetzes sein, die sich durch alle Milieus zieht. Meist charakterisiert man das AGG als praxisfern, als bürokratisch, als kontraproduktiv oder schlicht als Unfug. Noch am ehesten trifft das AGG – soweit bekannt – in der modernen Unterschicht auf Akzeptanz, weil es prinzipiell (d. h. richtig angewendet) dabei helfen kann, sich gegen Zumutungen im Arbeitsleben zu wehren.

23 Prozent geben in der Repräsentativbefragung an, von der **Antidiskriminierungsstelle des Bundes** schon einmal gehört zu haben. Weitere 17 Prozent sind sich nicht sicher. Die milieuspezifischen Unterschiede entsprechen ziemlich genau denen, die bei der Frage nach der AGG-Bekanntheit festgestellt wurden – was den Verdacht aufkommen lässt, dass AGG und ADS wohl gelegentlich verwechselt werden.

Der Standardvorwurf gegenüber der Antidiskriminierungsstelle lautet, sie sei zu wenig bekannt, sie müsse "mehr Präsenz zeigen", mehr Werbung machen. Ansonsten sind die Meinungen über Sinn und Daseinsberechtigung der ADS geteilt. Während man in den Milieus der "Etablierten", "Konservativen" und "Traditionsverwurzelten" überwiegend der Meinung ist, eine derartige Stelle könne ohnehin nichts bewirken und würde den Steuerzahler nur Geld kosten, hält man gerade in den Unterschicht-Milieus, d. h. bei "Hedonisten", "Konsummaterialisten" und auch bei "DDR-Nostalgischen" eine solche Institution für hilfreich – als Anlaufstelle für Betroffene, als Schieds-, oder Ombudsstelle,

oder als Beschwerdestelle, bei der man "Misstände melden" kann. In den Milieus der "Postmateriellen" und der "Modernen Performer" hält man es für wichtig, dass es eine Institution gibt, die sich gezielt um Diskriminierungsfragen kümmert und deren Aufgabe es ist, die Öffentlichkeit für die Probleme der Betroffenen zu sensibilisieren.

Die Grenzen der Antidiskriminierungspolitik

Die heutige Antidiskriminierungspolitik, und insbesondere auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, haben ein Akzeptanzproblem, weil sie sich nicht der "eigentlichen" Probleme und Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft annehmen, so wie sie die große Mehrheit sieht (also die wachsende Armut in Deutschland, die Benachteiligung der sozial Schwachen), sondern weil sie sich auf ungeliebte "Randgruppen" (wie Ausländer, Homosexuelle, Fremdreligiöse) konzentrieren. Gesetzliche Maßnahmen, wie zum Beispiel das AGG, werden deshalb oft als "überzogen" empfunden, weil sie, so die überwiegende Meinung, an der falschen Stelle, d. h. an eher "nebensächlichen Problemen", ansetzen – zumal schon im Grundgesetz geregelt sei, dass die im AGG genannten Menschen und Gruppen nicht diskriminiert werden dürfen.

Die Mehrheit im Land fühlt sich von der Antidiskriminierungspolitik – soweit sie überhaupt wahrgenommen wird – gegängelt, so dass die einschlägigen Bestimmungen nicht nur sehr ungern befolgt werden, sondern dass man sich aus einer Haltung heraus, in der sich Ärger, Enttäuschung, Protest und Zynismus mischen, offen dagegen ausspricht. Die Reaktanzen gegen "Überregulierung" im Verbund mit den virulenten Anti-Politik-Ressentiments erzeugen ein Meinungsbild heftiger Ablehnung von Antidiskriminierungspolitik – obwohl die hinter dem Antidiskriminierungsansatz stehenden Absichten und Werte ("Gerechtigkeit gegen jedermann"; "gleiche Chancen für alle"; "mehr Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft") von den meisten grundsätzlich geteilt werden.

Das Dilemma verstärkt sich durch das meist schlechte Image der zu schützenden Gruppen, das dazu führt, dass – vor allem von den sozial schlechter gestellten Milieus des traditionellen Segments und der modernen Unterschicht – aus dem Bemühen um Gleichstellung rasch eine Absicht zur Bevorteilung der Falschen herausgelesen wird. Und diese mündet dann, so die klischeehafte Wahrnehmung, zwangsläufig in eine Benachteiligung der "eigenen Bürger". Auch in den Leitmilieus ("Etablierte", "Postmaterielle", "Moderne Performer") hat Antidiskriminierungspolitik – trotz gut entwickelter Sensibilität für allfällige Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen – keine Priorität, und die Finanzierungsbereitschaft für kostenträchtige Gleichstellungs- und Integrationsprojekte ist sehr limitiert.

Die genauere Analyse der verschiedenen Grunddispositionen und Einstellungsmuster macht deutlich, dass sich der Wahrnehmungsfokus umso mehr verengt (auf die persönliche Erfahrung und die eigene Nahwelt), je mehr sich ein Milieu selbst als von Diskriminierung betroffen erlebt (etwa die Unterschicht-Milieus und die traditionellen Milieus aufgrund ihrer sozialen Lage). Andererseits: je breiter der Fokus und je ausgeprägter die politisch-gesellschaftliche Sensibilität, desto geringer ist in der Regel die eigene Betroffenheit – zumindest subjektiv – und umso schwächer auch das emotionale Involvement beim Thema Diskriminierung (Leitmilieus, "Experimentalisten").

Das Dilemma einer fortschrittlichen Antidiskriminierungspolitik ist weniger die Akzeptanz der dahinter stehenden sozialen Normen und Werte als die Durchsetzung ganz praktischer Antidiskriminierungsmaßnahmen im Alltag. Dafür bräuchte es ein motiviertes Unterstützungspotenzial in der Bevölkerung, bei dem Themen-Involvement und Engagement sich mit einem breiten Wahrnehmungsfokus und einer gesellschaftlichen Problemattribuion verbindet. Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zeigen, dass es in der deutschen Bevölkerung derzeit kein relevantes Potenzial dafür gibt.

© **Copyright Sinus Sociovision GmbH
und Antidiskriminierungsstelle des Bundes**